

# Danziger Zeitung.

No 9741.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitszettel oder deren Raum 20 H. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 18. Mai. Abgeordnetenhaus. Der Minister des Innern beantwortete die Interpellation des Abg. Franz, betr. die angebliche Entweihung der Hostien durch Gendarmen und constatirt durch die Verlesung des actemäßigen Berichts die dem eutgegenstehenden irrtümlichen Auffassungen des Interpellanten und weist nach, daß die Behörden und Executivbeamten durchaus correct versahen und daß keinerlei Absicht vorlag, das katholische Gefühl zu verlesen. Nach kurzer Besprechung folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst, der bis auf drei Paragraphen, welche bis morgen zurückgestellt werden, genehmigt wird.

Berlin, 18. Mai. Das Herrenhaus genehmigte die Reichseisenbahnuvorlage nach längerer Debatte in erster Berathung unter Namensaufruf mit 57 gegen 26 Stimmen. Bei der Generaldiscussion betonte der Handelsminister, daß es sich nicht um Befähigung sämtlicher Privatbahnen, sondern um Erwerbung der dominirenden Linien für das Reich und um die Wirkungsmaßnahme eines Aufsichtsrechts des Reichs in Bahnsachen handele. Fürst Bismarck widerlegte die einzelnen von gegnerischen Rednern vorgebrachten Einwendungen, und wies namentlich die Behauptung, daß die Vorlage einer Änderung der Reichsverfassung involviere, zurück. Das Reich besitzt bereits ein großes Eisenbahnnetz und dieser Besitz wie dessen Verwaltung beruhten auf von der Verfassung eingeräumten Befugnissen. Fürst Bismarck versicherte schließlich, daß durch die Befreiungen des Landtags keine Pression auf den Bundesrat und Reichstag ausgeübt werden solle.

Berlin, 18. Mai. Die Grörterungen, welche Anlaß zu dem Gericht vor einem Rücktritt Camphausen's gaben, finden allseitig befriedigende Erledigung. Es wird versichert, daß dieselben keine handelspolitische Frage betrafen. Der „Nationalzeitung“ zufolge bezogen sich die Grörterungen auf Verhältnisse zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung und schlossen sich der durch Neubesetzung des Postens eines Reichskanzleramts-Präsidenten gegebenen Lage an. Beslossen sei, daß der hessische Minister Hofmann gleichzeitig zum preußischen Staatsminister ernannt werde, mit der eventuellen Vertretung des Reichskanzlers in der preußischen Stimmführung. Auch Staatssekretär Bülow werde zum preußischen Staatsminister ernannt. Hierüber ist im Schoße des Staatsministeriums eine Vereinbarung erzielt worden.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Von der gerichtsweise verlauteten weiteren Ermordung von Deutschen in der Türkei sei an amtlicher Stelle nichts bekannt, namentlich lügen vom Consul Bilek direct telegraphische Mittheilungen aus Saloniki bis zum 16. Mai vor. Die neuesten Telegramme der deutschen Botschaft in Konstantinopel erwähnen nichts von einer Ermordung des Directors der rumänischen Bahnen, Kuhlmann,

oder anderer deutscher Bahnbeamten, noch anderer deutscher Staatsangehörigen in der Türkei.

Berlin, 18. Mai. Der Kaiser empfing heute die Delegationen und beantwortete die Ansprüche der Präsidenten mit einer Rede, in der hervor hob, die Ereignisse im Oriente hätten, wie bei den ihm befreundeten Herrschern der beiden großen Nachbarstaaten, so auch bei ihm nur den Entschluß bestätigt, das Verhältniß zwischen den drei Reichen zu einem noch näheren und innigeren zu gestalten. Er erwarte hieron und von dem Zusammenwirken der übrigen befreundeten europäischen Großstaaten zuversichtlich die Erhaltung des europäischen Friedens und hoffe, die Bestrebungen der Mächte, die Pforte in der Pacificierung der insurgirten Provinzen zu unterstützen, würden nicht erfolglos bleiben. In den für die Delegationen bestimmten Vorlagen sei man bestrebt gewesen, alle Anforderungen auszuschließen, welche nicht durch die Rücksicht auf die Wehrkraft der Monarchie geboten erschienen.

## Deutschland.

N. Berlin, 17. Mai. In der Sitzung der Reichsjustiz-Commission vom 16. Mai wurde die Berathung des Gerichts-Verfassungsgesetzes begonnen, und zwar mit dem Titel vom Richteramt, welcher durch die Commission bei erster Lesung eingefügt worden ist. § a wurde nicht beantragt, § b, welcher die Vorschriften über die Vorbereitung zum Richteramt enthält, mit geringen, vom Abg. Marquartzen beantragten Änderungen angenommen, nachdem weitergehende Änderungen, insbesondere die facultative Vorbereitung bei den Rechtsanwälten statt der obligatorischen, und der Zwang zum Studium auch der Staatswissenschaften, abgelehnt worden waren. Die §§ c und d blieben unverändert. Bei § e entstand eine lebhafte Debatte darüber, ob dem Wunsche der Bevölkerungen gemäß die von den richterlichen Garantien (Lebenslänglichkeit, Unabschbarkeit, Unversehrbarkeit u. s. w.) handelnden §§ e—h bestätigt werden sollen. § e wurde mit großer Mehrheit angenommen, ebenso § f Absatz 1, dagegen der Abz. 2 des § f auf Antrag des Abg. v. Schwarze gestrichen. § g fand mit einer unerheblichen Modifikation Annahme, desgleichen die §§ h und i. Als § k wurde ein Antrag des Abg. v. Puttkamer angenommen: „Die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Befähigung zur zeitweiligen Wahrnehmung richterlicher Geschäfte bleiben unbefähigt.“ Sodann ging man zu dem ersten Titel „Gerichtsbarkeit“ über. Bei § 1 wurde ein Antrag, statt „Landgerichte“, „Kreis- oder Bezirksgerichte“ und statt „Oberlandesgerichte“, „Landesgerichte“ zu sagen, abgelehnt, ebenso zu § 2 ein Antrag des Bundesraths, die Regierungsvorlage „Verwaltungsbehörden einschließlich der Verwaltungsgerichte“ wiederherzustellen. Bei § 3 lag der Antrag des Bundesraths vor, der Vorlage gemäß als besondere Gerichte auch die Gemeindegerichte, Forst- und Feldrügegerichte und Polizeirügegerichte bis zu einer gewissen geringen Competenz zuzulassen. Der Antrag wurde aber in allen drei Richtungen abgelehnt, da die Commission kein Be-

dürfnis für die Aufrechterhaltung dieser Gerichte anzuerkennen vermochte. § 4 wurde nicht beantragt. Bei dem sich auf die Kriegsgerichte und Standorte beziehenden § 5 wurde die von den Bundesregierungen gewünschte Wiederherstellung des Entwurfs beschlossen. Eine längere Debatte entstand über den von der Bildung der Competenz-conflictshöfe handelnden § 6a, dessen Streichung vom Bundesrat beantragt wurde, theils aus Competenzbedenken, theils, weil er befürchtet, daß in einzelnen Staaten die Landesgesetzgebung ein neues Competenzgesetz auf Grund der im Absatz 2 des § 5a enthaltenen Normativbestimmungen nicht zu Stande bringen und alsdann ein Vacuum entstehe, in welchem die Gerichte über ihre Zuständigkeit allein zu entscheiden hätten. Das erstere Bedenken wurde von der Commission nicht getheilt und der § 5a mit einigen vom Abg. Struckmann beantragten Abänderungen beibehalten, nachdem von verschiedenen Seiten bemerkt war, daß dem zweiten Bedenken durch Übergangsbestimmungen in dem Einführungsgesetz Rechnung getragen könne. Die §§ 6—10 wurden unverändert angenommen.

× Berlin, 17. Mai. In dem von dem Abg. v. Kardorff erfassten Commissionsbericht über die Vorlage wegen Verlegung des Staatsjahrres ist folgende, das Verhältniß zwischen Reichstagss- und Landtagssession betreffende Stelle von Interesse: „Eine besondere Grörterung rief innerhalb der Commission noch derjenige Passus in den Motiven des Gesetzentwurfs hervor, welcher die Absicht der Königl. Staatsregierung aussprechen schien, die Verfassung des Landtages regelmäßig den Reichstagssessionen vorausgehen zu lassen. Würde dies eintreten, so würde der preußische Landtag bei den Staatsberathungen niemals in der Lage sein, die Matrikularbeiträge in bestimmter Höhe zu bewilligen, und es würde nach der Meinung vieler Mitglieder der Commission zweifelhaft werden, ob der Etat überhaupt rechtzeitig definitiv bewilligt werden könnte, sobald die Reichstagssessionen eine längere Dauer in Anspruch nehmen. Dieselben Herren glaubten daher beanspruchen zu müssen, daß die Staatsregierung eine ganz bestimmte Erklärung abgebe, daß sie der Frage über die zweckmäßige Zeit des Tages des preußischen Landtages durch jene Stelle der Motive weder nach der einen, noch der andern Seite habe präjudicieren wollen. Der Vertreter der Staatsregierung gab hierauf die Erklärung ab, daß die Absicht der Regierung in der That um so ferner gelegen habe, als ja zunächst doch dem Reiche der Vorrang gebühre, sich für das Tagen des Reichstages die zweckmäßige und passendste Jahreszeit auszumählen. Wenn schon es daraus folge, daß die Landtage sich nach dem Reiche richten müßten, um das gleichzeitige Tagen der Körperschaften zu vermeiden, so habe doch die Staatsregierung nicht beabsichtigt, durch die Motive dieser Gesetzesvorlage für den preußischen Landtag vorweg entschieden zu wollen, in welcher Zeit derselbe regelmäßig tagen solle. Die Matrikularbeiträge wären zwar in ihrer Höhe in den letzten Jahren beträchtlichen Schwankungen nicht unterworfen gewesen, und das Gewicht der Be-

denken gegen eine Bewilligung derselben auf Grund einer Wahrscheinlichkeitschätzung der Staatsregierung werde vielleicht überschätzt, es würden sich auch vielleicht noch Auswege finden lassen, um grade hierüber für eine Landesvertretung und Regierung annehmbare Vereinigung herbeizuführen; immerhin aber bleibe die Frage, ob künftig regelmäßig vom Januar ab der Reichstag und vorher in den letzten Monaten des Jahres der Landtag seine Sessonen halten solle, noch eine vollständig offene. Die Commissionsmitglieder, welche die Grörterung über diese Frage angeregt hatten, haben hierauf nochmals ausdrücklich hervor, daß sie im vollen Maße anerkannten, wie der Gesetzentwurf die Absicht verfolge, streng verfassungsmäßige Zustände bezüglich der Staatsberathungen und Feststellungen herzustellen, und wie der Termin des 1. April durch den Vorgang des Reichsgesetzes schon soweit feststehe, daß dem preußischen Landtag nur übrig bleibe, nachzufolgen, daß ihrer Meinung nach aber in der That die Absicht der Staatsregierung nicht erreicht werden könne, wenn bei den Staatsberathungen das Abgeordnetenhaus noch nicht in der Lage sei, die Matrikularbeiträge auf Grund der vom Reichstag gefassten Beschlüsse zu bewilligen.“

\* Dem Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Deckung der für die Weiterführung und Vollendung der Bebra-Friedländer Eisenbahn erforderlichen Geldmittel zugegangen. Wie die Motive ausführen, reicht der 1872 bewilligte Betrag von 22 800 000 Mark trotz größtmöglicher Einschränkung in den Kosten nicht aus, es ist vielmehr noch eine Summe von 3 150 000 Mk. erforderlich. Die Kostenerhöhung tritt hauptsächlich bei dem Grunderwerb und der Ausführung der Wegeüberführungen, Brücken, Viadukte, Tunnels, Bahnhöfe und Haltestellen, sowie bei den Vorbereitungen und Verwaltungskosten ein. Hinsichtlich des Grunderwerbs beruht die Überförderung in der Hauptbahn auf der in den Bodenwerthen inzwischen eingetretenen Erhöhung, wie solche sich namentlich auch bei den im Wege der zwangsweisen Enteignung zuverlaufen Entschädigungen herausstellte, indem für die bedeutenden Erwerbungen in den Gemarkungen Allendorf und Herleshausen im Durchschnitt pro Hektar Acker 2100 Mk. zuerkommen sind, während die Entschädigung im Durchschnitt nur auf 1800 Mk. geschägt und zur Berechnung gezogen war. Bei den eigentlichen Bauosten ist die Überförderung vorwiegend durch die während der Ausführung eingetretene Steigerung der Materialienpreise und Arbeitslöhne veranlaßt, ferner durch die nachträglich bei der landespolizeilichen Prüfung notwendig befundene Anlage von Wegeüberführungen und größere Ausdehnung der Brücken und Viadukte, sowie durch die Verlängerung einiger Tunnels, Errichtung einer Haltestelle zu Oberrieden und Ausführung eines Beamtenwohngebäudes auf Bahnhof Niederbhone. — Der Mehrforderung von 3 150 000 Mk. steht bei den durch das Gesetz vom 14. Juni 1874 zur Vollendung der Bahn von Arnisdorf nach Gassen bewilligten Mitteln im Betrage von 5 670 000 Mk. eine Ersparnis von rund 1 050 000

## Die Straßburger Städterweiterung\*).

Die wiederhergestellte deutsche Herrschaft über das Elsaß zählt, selbst wenn man sie vom Tage der Übergabe Straßburgs, den 28. September 1870, an rechnet, noch nicht volle 6 Jahre, und doch hat sie bereits, von dem Politischen, Administrativen und Socialen ganz abgesehen, auch in topographischer Hinsicht für die Hauptstadt des Landes und deren nähere Umgebung sehr beträchtliche Umgestaltungen herbeigeführt.

Was die Umgebung Straßburgs betrifft, so brauchen wir nur auf die neuen mächtigen Forts hinzuweisen, die sich, seit länger denn Jahresfrist vollständig fertig gestellt, in weitem Bogen die Stadt weitlich umschließend, auf flachen Feldern oder mäßigen Hügelwellen erheben, wo ehemals ungehindert der Pflug ging oder die Rebe grünte.

In der inneren Stadt aber sind nicht nur die Hunderte von Häusern, die das Bombardement von August und September 1870 in Trümmer gelegt hatte, neu und in wesentlich vergrößerter und verschönerter Gestalt und an gerade gezogenen und verbreiterten Straßen wieder erstanden, sondern auch zahlreiche neue Gebäude, insbesondere zu militärischen und sonstigen öffentlichen Zwecken, errichtet, neue Straßen zur Erleichterung des erheblich gewachsenen Verkehrs angelegt und durch Wegräumung wüster verfallender Baracken, an denen die „wunderschöne“ Stadt überreich war und noch heute ist, freie Plätze geschaffen worden.

Alle diese Neuerungen und Verbesserungen aber werden in den Schatten gestellt werden durch die seit dem Jahre 1873 ernstlich vorbereitete und nunmehr in ihrer Ausführung sicher gestellte Erweiterung der Stadt, deren Beginn in dem Augenblicke, in welchem diese Zeilen die Presse verlassen, wahrscheinlich bereits eine Thatsache sein wird.

Es ergiebt sich aus den Protokollen der früheren Straßburger Municipalität, daß das Bedürfnis und der Wunsch einer Erweiterung der Stadt sich schon vor Jahrzehnten und zwar bereits in den vierzig Jahren geltend gemacht haben, und wer die zahlreichen lichtlosen und mißfußigen

Gassen und Gäßchen großer Theile Straßburgs durchwandert, wer die in außerordentlich großer Zahl vorhandenen Häuser, die bei einer Breite von nur zwei Fensterräumen bis zum fünften, sechsten Stockwerke emporgehurmt sind, betrachtet hat, dem wird schon hiernach allein die Berechtigung jener Bestrebungen einleuchten und er wird zugestehen, daß die Klage der 83 alt-straßburgischen Einwohner in ihrer Eingabe an den Reichskanzler vom Mai 1874 um Beschleunigung der Städterweiterungs-Angelegenheit, die Klage: „Straßburg erhält förmlich in seinem Steinpanzer!“ mehr war, als eine bloße Redensart.

Es ist bemerkenswerth, daß die Städterweiterungspläne in der eben angegebenen Zeit vor ca. dreißig Jahren, als deren hauptsächlichster Vertreter der damalige ausgezeichnete und in vielfacher Hinsicht um Straßburg wohlverdiente Maire Schützenberger erscheint, bereits auf dieselbe Gestaltung der Erweiterung abzielten, die nunmehr ins Leben treten wird, nämlich auf die Einführung des „Contades“ und der Drangerie in die innere Stadt.

Der Contades\* und die Drangerie sind zwei kleine Lusthaine, leichtere mit wohlgepflegten Blumenaulagen, die einzigen Däsen in der traurigen Geduld der nächsten Umgebung Straßburgs, die durch das Niederschlagen mehrerer älteren Alleen auf den Landstraßen, z. B. auf der nach Kehl führenden, beim Beginne der letzten Belagerung, noch trostlos geworden ist; sie sind in den heißen staubigen Sommermonaten die einzigen, außerordentlich wertvollen Zufluchts- und Erholungsörter jenes Contades und der Drangerie in die innere Stadt.

\*) Verleitet durch die französische Plural-Endung „es“ sprechen und schreiben Deutsche sehr häufig: „die Contades“; der Platz aber führt seinen Namen nach dem Marschall de Contades, der im vorigen Jahrhundert Gouverneur der Provinz Elsaß gewesen, und heißt französisch: le Contades, folglich deutsch: „der Contades.“

\*) Nachdruck ohne Erlaubnis des Verfassers nicht gestattet.

findlichen Fischerthore, beide auf der nördlichen Front der Festung.

Wen durch den Einfuß dieses landschaftlich bevorzugten Theils der jetzigen Stadtbildung in die Stadt hauptsächlich das öffentliche Gefüge-Interesse und die modern-städtischen Schönheits-Ansprüche befriedigt werden, wenn es namentlich als eine für die Stadt höchst erfreuliche Gabe der deutschen Herrschaft zu begrüßen ist, daß jene einzigen schattenspendenden kleinen Gehölze bei Straßburg auf diese Weise voraussichtlich gegen alle Gefahren der Schädigung oder gar der Vernichtung in Folge von Kriegsereignissen sicher gestellt sein werden, so hat ein anderes Bedürfnis, dasjenige des Handels und Verkehrs, die Erweiterung der Stadt nach einer andern früher nicht in's Auge gefassten Seite, der westlichen, hin zur Notwendigkeit gemacht.

In Folge des seit 1871 beträchtlich gestiegenen Verkehrs der seitdem um fast 9000 Einwohner gewachsenen Stadt hat sich nämlich der bisherige Hauptbahnhof Straßburgs, der sich in langer schmaler Gestalt in die dichtbebauten Stadttheile zwischen dem Kronenburger und dem Steinthore eingewängt findet, und in des, wie in eine Sackgasse, die Schienenstränge sämtlicher fünf Straßburger Eisenbahnen ein- und zusammenlaufen, als unzureichend und seine baldige Verlegung und zweckmäßige, erweiterte Neu-Anlage als dringende Notwendigkeit erwiesen.

Nach langen schwierigen Verhandlungen, denen es oblag, die oft einander widerstreitenden Interessen der Stadt, des Verkehrs und der Befestigung mit einander zu versöhnen, ist es zu dem Beschlusse gekommen, auch die ganze Westfront der Hauptumwallung um ein beträchtliches hinauszurücken und auf dem dadurch gewonnenen Terrain, also auf dem jetzigen Glacis zwischen dem Weißthurnthor und dem Kronenburger Thor, mittin in südwärtlicher Richtung von dem gegenwärtigen Bahnhof, den neuen Hauptbahnhof Straßburg anzulegen und zwar in einer Ausdehnung und mit einer Einrichtung, die dem Verkehr und den Ansprüchen des reisenden Publikums auf lange Zeit hinaus genügen dürfte.

Die eben erwähnten Hauptabfertigungen der Straßburger Städterweiterung, nämlich die, einen geeig- neten Bahnhofplatz zu gewinnen, und den Contades sowohl wie die Drangerie zur inneren Stadt zu ziehen, haben nun in Verbindung mit den fortificatorischen Bedingungen und Rücksichten mit einer gewissen Notwendigkeit für die neue Umwallung die folgende Linie ergeben:

Sie beginnt im Südwesten der Stadt an dem Punkte, wo die Ill, der bekanntlich Straßburg durchströmende Nebenfluss des Rheins, in die jetzige Festungsweke eintritt, also an dem sog. „oberen Ill-Anschluß“, und zieht sich von da in weitem Halbkreise um die ganze Westfront der Stadt herum, an dem Weißthurn-, dem Kronenburger und dem Steinthor vorüber, bis etwa zur äußersten nordwestlich vorspringenden Spize der Befestigungen unweit des letzteren; von dort geht sie in ziemlich gerader nordöstlicher Richtung, den Contades einschließend und Wiesen, Felder und Gärten durchschneidend, auf die Auprechtsauer Brücke über den Ill-Rhein-Canal zu, welcher letztere das letzte Glied des großen Rhein-Marne-Canals bildet, folgt dann, die Drangerie einschließend, dem südlichen Ufer dieses Canals, der somit auf eine kurze Strecke zum Festungsgraben wird, bis sie sich südwärts wendet, um den Anschluß an die Citadelle zu gewinnen.

Werfen wir nun einen Blick auf die Entfernung zwischen dem gegenwärtigen und dem künftigen Hauptwalles und auf die Größe des zur inneren Stadt hinzutretenden Flächenraums. Wir bemerken dabei, daß wir die bezüglichen Zahlen durch Abschreiten der ausgesteckten Linien wie durch möglichst genaue Messungen auf den uns zu Gebote stehenden Karten gewonnen haben, so daß wir für ihre Richtigkeit, von Kleinigkeiten abgesehen, glauben einsehen zu können.

Die Entfernung des neuen Hauptwalles von dem alten wird an der Westfront bei dem Weißthurnthor bis zum Steinthor nur von 200 bis zu 400 Meter betragen, bei dem Judenthor im Norden bereits bis auf 1000 M. steigen um, bei dem noch weiter östlich belegten Fischerthore sogar 1500 M. erreichen. Bei Gelegenheit dieser Erwähnung der Thore möge gleich eingehalten werden, daß zu den jetzt bestehenden acht Thoren Straßburgs — außer den bereits genannten — gibt es noch das Citadellesthore, östlich gegen den Rhein und Kehl zu, und

M. gegenüber, so daß, wenn diese Ersparnis zur Deckung obiger Überschreitung verwendet wird, nur 2 100 000 M. zu decken blieben. Zur Bezahlung dieser letzteren Summe erscheint die Bevollmächtigung eines weiteren Credits erforderlich, für welchen durch den vorstehenden Gesetzentwurf die Genehmigung beantragt wird.

In dem Landesvertragsprozeß wider den Grafen Arnim wird sich Alles um den einzigen Kronzeugen drehen, einen Herrn E. Mathiae, den Graf Arnim bekanntlich des Meineids beschuldigt, weil er beschworen, daß er das Manuscript von „Pro Nihilo“, von Arnim selbst geschrieben, in Händen gehabt habe. Die „Frankf. Ztg.“ bemerkt über besagten Herrn: „Der Zeuge ist stets bei der Hand, in Zürich als Volontär während des Drucks der Broschüre „Pro Nihilo“, in Berlin während der Voruntersuchung gegen Arnim wegen Landesvertrags auf Grund dieser Broschüre. Er ermittelte als Buchhandlungs-Volontär, später in Luzern, daß ein dort wohnender Graf Hompech, eine Säule des Ultramontanismus, dem Verlagsmagazin in Zürich die erste Hälfte des Manuscripts persönlich überbracht hat; als am 23. September 1875 die zweite Hälfte von Luzern per Post unter Angabe eines Wertes von 500 Francs anlangt, hebt er das Couvert der Sendung auf, das sich nunmehr bei den Akten befindet, und noch nicht befreit in seinen buchhändlerischen Studien führt er abermals nach Luzern und überzeugt sich durch Einsicht in das dortige Postbuch — die Postverwaltung scheint dort jungen Buchhändlern in ihren volontären Bestrebungen gern behilflich zu sein — daß die Sendung dort am 22. September aufgegeben auch rite eingetragen ist. Er sieht sich auch wohl die Stadt an, besucht Stärkung halber ein Hotel, da fällt ihm die Fremdenliste in die Hände und siehe da, ein interessanter Vermerk für einen Buchhandlungs-Volontär: vom 20. August bis 30. September stehen da als Gäste des „Luzerner Hofes“ verzeichnet: „Comte Harry de Arnim und Comtesse de Arnim.“ Er notiert sich's vermutlich ganz säuberlich, verläßt im Winter mit dem Wissen, daß er im Buchhandel erworben, die schöne Schweiz und, welch' glückliches Ungefähr! der Untersuchungsrichter erhält Kenntnis von seiner schätzenswerthen Person, nimmt ihn in Berlin in's Verhör und gewinnt an ihm den einzigen Beleidigungzeugen für Arnim's Autorschaft der Broschüre „Pro Nihilo“. Um diesen Zeugen also wird sich, wie oben gesagt, Alles drehen. Geht es nach der Staatsanwaltschaft, so hat er sich um's Vaterland wohl verdient gemacht; gelingt es dem Angeklagten und der Vertheidigung, ihn wegen Meineids verurtheilen zu lassen, so erhalten die famosen Zeugen Ohm und Hentz einen ihrer würdigen Collegen in den Annalen preußischer Justizpflege. Vielleicht dient zur vorläufigen Charakterisierung des seit langerer Zeit in Berlin wohnhaften Herrn folgender Brief des Herrn J. Schabelitz in Zürich, Chefs der Firma „Verlagsmagazin“, den die „Frankf. Ztg.“ mit Auslassung einer vorerst noch nicht mittheilbaren Stelle wieder gibt: „In der Nummer 133 Ihres geschätzten Blattes vom 12. d. M. lese ich in den Verhandlungen in dem Hoch- und Landesvertrags-Prozeß gegen den Grafen Arnim vor dem Kgl. Staatsgerichtshofe in Berlin, daß ein Buchhandlungsgehilfe Matthiä aus Zürich ebdig ausgesagt habe, daß Manuscript der Schrift „Pro Nihilo“ sei von der Hand des Grafen Arnim geschrieben gewesen. Ich lege mich nun zu der Erklärung veranlaßt, daß dieses Individuum nach meiner Überzeugung — — — Zur Charakteristik des qu. Ernst Matthiä, der sich fälschlich für einen Buchhändlergehilfen ausgibt, füge ich bei, daß derselbe seit 1. April 1875 als Schulehrer in meiner Buchdruckerei stand und Ende Januar dieses Jahres durchbrannte, nachdem er etwa 7 Wochen lang, Krankheit simulirend, von der Arbeit weggeblieben war. Während des Drucks von „Pro Nihilo“ hatte Matthiä versucht, Bogen dieser Schrift von der Presse weg zu entwinden, da eine hiesige Persönlichkeit in Folge erhaltenen Auftrags aus — — (?) meinen Sehern eine Belohnung von 20 bis 100 Francs für Auslieferungen von sogenannten Aushängebogen der

genannten Schrift anbieten ließ! Was sodann die in den Verhandlungen genannten Grafen Hompech und Bassenheim betrifft, so habe ich nicht die Ehre, einen dieser Herren zu kennen, so wenig als mit dem Verfasser von „Pro Nihilo“ bekannt ist. Zürich, 13. Mai 1876. J. Schabelitz, in Firma: Verlags-Magazin.“

Das „Neue Wiener Abendblatt“, welches in einer Gratisbeilage die in der mündlichen Verhandlung gar nicht zur Verleugnung gelangte Anklageschrift des Oberstaatsanwalts v. Lutz gegen den Grafen Arnim vollständig mittheilt, ist in mehreren hiesigen Kaffeehäusern polizeilich mit Beslag belegt worden.

In der Reichs-Justizcommission haben, wie jetzt bekannt wird, für den Antrag des Abgeordneten des dritten Berliner Wahlbezirks, Herz, die Eidessformel aus den einfachen Worten „Ich schwör“ bestehen zu lassen, außer den drei anderen Fortschrittmännern Eysold, Kloß und Zinn nur sechs Nationalliberale, aus Bayern Marquardsen und Bölk, aus Württemberg Gaupp, aus Baden Grimm, aus Hamburg Wolffsohn und aus Preußen — nur Lasker gestimmt. Die übrigen sechs Nationalliberale, der Oldenburger Becker und die fünf Preußen Gneist, v. Puttkamer (Frauenstadt), Bähr (Kassel), Struckmann (Diepholz) und Miquel, stimmten mit den Conservativen und Clericalen. Im „Schwäb. Merk.“ wird die Ablehnung des Antrags mit Recht bestätigt. Das nationalliberale Blatt fügt zur Charakterisierung der Gegnerschaft hinzu: „Offizielle Frömmigkeit, clericale Exclusivität und ein den realen Verhältnissen abgedreht moralischer Rigorismus vereinigten sich zu diesem Resultat, welches wir um so mehr beklagen, als es geeignet ist, das in der Commission vertretene deutsche Juristenthum in Gegensatz zu bringen mit der aufgeklärteren Lebensanschauung der Laien-Welt.“

In Betreff der Reichstags-Candidatur Bunsens hatte der Vorstand des liberalen Wahlvereins zu Hirschberg, um über gewisse Verdächtigungen Aufklärungen zu erlangen, mit denen Dr. von Bunsen durch einige im Interesse der Agrarierpartei geschriebene vielfach verbreitete Flugblätter verfolgt wird, sich an den Abgeordneten Lasker gewandt. Durch den Abgeordneten Dr. Techow in Berlin ist nun dem Wahlverein eine Antwort zugegangen, in der bestätigt wird, daß keiner der Abgeordneten von einer Theilnahme des Herrn v. Bunsen an Gründungsschändlein weiß; Lasker lehnte es ab, so unwürdigen Machinationen entgegenzutreten und einen Mann, wie Bunsen, der einer der edelsten Charaktere und nur für die hochherzigsten Zwecke thätig ist, durch sein Zeugnis vertheidigen zu wollen.

Gemäß eines Rescriptes des Handelsministers vom 3. d. M. haben die Eisenbahn-Commissionare die Privateisenbahn ihres Geschäftsbereiches zur Neuflözung darüber aufgefordert, ob und bis zu welchem Zeitpunkte sie zur Verlegung des Rechnungsjahrs auf die Zeit vom 1. April bis 31. März bereit sind. Diese Anfrage hängt mit der Verlegung des deutschen und preußischen Staatsjahrs und mit der dadurch bedingten Verlegung derselben für die Staatsbahnen zusammen, und erscheint im Interesse der vergleichenden Statistik ein gleiches Vorgehen wünschenswert. Die „Schl. Ztg.“ schreibt: es ist kaum anzunehmen, daß die Privatbahnen diesem Wunsche entgegenkommen werden. Es würde zur Erfüllung derselben eine vollständige Ummäßlung des gesammten Rechnungswesens, eine teilweise Umarbeitung der Statuten und vor Allem die Genehmigung der Actionäre dazu nötig werden, daß ihnen die Dividenden um ein volles Vierteljahr später gezahlt werden. Offenbar sind die Unzuträglichkeiten weniger bedeutend, welche dadurch entstehen würden, wenn auch die Staatsbahnen nach wie das Kalenderjahr als Rechnungsjahr behalten.

Der Tag, an welchem die zum Schutze der Deutschen in der Türkei nach dem ägyptischen Meere bestimmten deutschen Kriegsschiffe von Wilhelmshaven und Kiel auslaufen werden, ist noch nicht bestimmt. Ebensowenig kann daher der Tag angegeben werden, wo die Schiffe an ihrem Be-

stimmungsort anlangen werden. Die gewöhnliche Fahrzeit für ein Panzerschiff würde ungefähr zehn Tage betragen, doch kann sich diese Frist leicht verlängern, wenn in Gibraltar oder Malta angelegt oder, was wahrscheinlich ist, eine größere Uebung auf offenem Ocean veranstaltet wird. Die 9 nach dem ägyptischen Meere bestimmten Schiffe führen in runder Summe 3500 Matrosen und Seeoldaten an Bord; der Bedarf an denselben ergänzt sich völlig aus den disponiblen Mannschaften, so daß von einer etwaigen Einberufung früherer Fahrgänge nicht die Rede ist.

Die nach der „Kieler Ztg.“ telegraphisch weiter verbreitete Nachricht, daß auch die Corvette „Gazelle“, welche soeben erst von einer zweijährigen Reise um die Erde zurückgekehrt ist, bereits wieder in Dienst gestellt und in das Mittelmeer entsendet werden soll, ist, wie die „Krzg.“ hört, nicht richtig. Dem Vernehmen nach wird das abzufindende Geschwader die Zahl von neun Schiffen vorläufig nicht überschreiten, eine Ziffer, die es denen der anderen maritimen Mächte vollständig gleichstellt.

Strassburg, 15. Mai. Die „Strassburger Zeitung“ veröffentlicht heute eine weitere Vorausgabe zur Landesgesetzgebung für Elsaß-Lothringen, den „Entwurf eines Gesetzes betreffend die Kreise“. Über Zweck und Tendenz desselben heißt es in den beigegebenen Motiven: „Nach Elsaß-Lothringen wird das abzufindende Geschwader die Zahl von neun Schiffen vorläufig nicht überschreiten, eine Ziffer, die es denen der anderen maritimen Mächte vollständig gleichstellt.“

In Betreff der Reichstags-Candidatur Bunsens hatte der Vorstand des liberalen Wahlvereins zu Hirschberg, um über gewisse Verdächtigungen Aufklärungen zu erlangen, mit denen Dr. von Bunsen durch einige im Interesse der Agrarierpartei geschriebene vielfach verbreitete Flugblätter verfolgt wird, sich an den Abgeordneten Lasker gewandt. Durch den Abgeordneten Dr. Techow in Berlin ist nun dem Wahlverein eine Antwort zugegangen, in der bestätigt wird, daß keiner der Abgeordneten von einer Theilnahme des Herrn v. Bunsen an Gründungsschändlein weiß; Lasker lehnte es ab, so unwürdigen Machinationen entgegenzutreten und einen Mann, wie Bunsen, der einer der edelsten Charaktere und nur für die hochherzigsten Zwecke thätig ist, durch sein Zeugnis vertheidigen zu wollen.

Gemäß eines Rescriptes des Handelsministers vom 3. d. M. haben die Eisenbahn-Commissionare die Privateisenbahn ihres Geschäftsbereiches zur Neuflözung darüber aufgefordert, ob und bis zu welchem Zeitpunkte sie zur Verlegung des Rechnungsjahrs auf die Zeit vom 1. April bis 31. März bereit sind. Diese Anfrage hängt mit der Verlegung des deutschen und preußischen Staatsjahrs und mit der dadurch bedingten Verlegung derselben für die Staatsbahnen zusammen, und erscheint im Interesse der vergleichenden Statistik ein gleiches Vorgehen wünschenswert. Die „Schl. Ztg.“ schreibt: es ist kaum anzunehmen, daß die Privatbahnen diesem Wunsche entgegenkommen werden. Es würde zur Erfüllung derselben eine vollständige Ummäßlung des gesammten Rechnungswesens, eine teilweise Umarbeitung der Statuten und vor Allem die Genehmigung der Actionäre dazu nötig werden, daß ihnen die Dividenden um ein volles Vierteljahr später gezahlt werden. Offenbar sind die Unzuträglichkeiten weniger bedeutend, welche dadurch entstehen würden, wenn auch die Staatsbahnen nach wie das Kalenderjahr als Rechnungsjahr behalten.

Der Tag, an welchem die zum Schutze der Deutschen in der Türkei nach dem ägyptischen Meere bestimmten deutschen Kriegsschiffe von Wilhelmshaven und Kiel auslaufen werden, ist noch nicht bestimmt. Ebensowenig kann daher der Tag angegeben werden, wo die Schiffe an ihrem Be-

stimmungsort anlangen werden. Die gewöhnliche Fahrzeit für ein Panzerschiff würde ungefähr zehn Tage betragen, doch kann sich diese Frist leicht verlängern, wenn in Gibraltar oder Malta angelegt oder, was wahrscheinlich ist, eine größere Uebung auf offenem Ocean veranstaltet wird. Die 9 nach dem ägyptischen Meere bestimmten Schiffe führen in runder Summe 3500 Matrosen und Seeoldaten an Bord; der Bedarf an denselben ergänzt sich völlig aus den disponiblen Mannschaften, so daß von einer etwaigen Einberufung früherer Fahrgänge nicht die Rede ist.

Bern, 16. Mai. Der „A. Z.“ wird telegraphiert: Nach dreimaliger Verwerfung ist endlich die revidierte Verfassung des Cantons Schaffhausen vom Volle mit 5095 gegen 1192 Stimmen angenommen worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. Mai. Das gemeinsame Reichs-Budget für 1877 enthält gegen das Vorjahr 1596 123 Gulden Minderausgaben. Das Kriegs-Budget ist um 1 147 949 Gulden herabgemindert.

Frankreich.

Paris, 16. Mai. Die Senatoren und Deputirten sind gestern erst nach 3 Uhr in Versailles angelommen, und die Sitzungen beider Kammer boten wenig Interesse. Der Senat hielt eigentlich keine Sitzung; die Linke brachte nur eine felsame Unschädlichkeit, die von den Monarchisten und Bonapartisten begangen worden, zur Sprache. In letzter Woche und ehe man von Ricard's Tode wußte, war nämlich auf gestern 1 Uhr die Wahl der Abtheilungsvorstände anberaumt worden. Während nun in Paris das Leichen-

u. s. w. und durch die weite Hinausschiebung des neuen Walles zur inneren Stadt hinzutretende Areal ist ein sehr bedeutendes; es umfaßt nicht weniger als etwa 330 Hectare. Von diesem Gebiete sind für seinen jetzigen Besitzer, den Militärfiscus, entbehrlid und daher zur Uebergabe an die Stadt gegen eine Entschädigung von 17 Mill. M. bestimmt ca. 188 Hectare, für militärische Zwecke bleiben vorbehalten 7 Hectare und der Rest von 135 Hectaren ist Privatbesitz, der nunmehr baldigst den Hauptummelplatz für Grundspeculation und Baulust abgeben wird.

Die gegenwärtig vom Hauptwall umschlossene Stadt ohne die Citadelle und die zwischen dieser und der eigentlichen Stadt sich ausdehnende unbebaute Esplanade besitzt einen Flächeninhalt von ca. 220 Hectaren; das erweiterte Straßburg wird also anderthalbmal so groß sein, wie das gegenwärtige, eine Stadtvergrößerung, wie sie wohl noch niemals mit einem Schlag vollzogen werden ist. Rechnet man dem Inhalte der künftigen Stadt von ca. 550 Hectaren auch den Flächenraum der Citadelle und Esplanade mit ihren etwa 90 Hectaren hinzu, so ergibt sich für das ganze von dem Hauptwall künstig zu umschließen Gebiet eine Ausdehnung von ca. 640 Hectaren, womit Straßburg seinen Platz unter den umfangreichsten Festungen der Welt einnimmt.

Durch die glückliche Durchführung der Erweiterung Straßburgs, an deren vollem Erfolge wir nicht zweifeln, wird der Stadt, abgesehen von allen Interessen der Gesundheit und des sonstigen menschlichen und bürgerlichen Wohlbefindens, denen sie in so reichem Maße entgegenkommt, genügender Raum geschaffen werden, um sich zu dem entwickeln zu können, was sie, um mit den Worten der oben erwähnten Eingabe an den Reichskanzler zu sprechen, „schon einmal war — eine bedeutende Handelsstadt und ein Emporium für ganz Süddeutschland!“ — In der That scheinen für Straßburg durch seinen Wiederaufschluß an Deutschland alle Bedingungen gegeben zu sein, um es nach seiner räumlichen Erweiterung allmäßig diejenige Bedeutung und maßgebende Stellung gewinnen zu lassen, deren sich am deutschen Niederrhein Köln und in der Mittelrhein-Gegend Frankfurt a. M. erfreuen. Möge Straßburg dann auch bezüglich

begängnis Ricard's stattfind, versammelte sich eine Anzahl von Senatoren der Rechten wirklich in den Bureau und schritt zur Wahl der Präsidenten und Secrétaire. Die Wähler waren so wenig zahlreich, daß z. B. ein Präsident mit 5 Stimmen gewählt wurde. In manchen Bureau mußte die Wahl nothwendig verschoben werden, aber für die anderen, in welchen die Ziffer der Wähler etwas stärker war, hielt die Rechte die Gültigkeit der Operation aufrecht; Galloni d'Istria vertheidigte dieselbe auf der Tribüne. Schließlich wurde für heute eine neue Versammlung der Bureau, an der auch die Republikaner Theil nehmen können, anberaumt. Der Vorfall beweist jedenfalls, weßen unter Umständen die Rechte fähig wäre. — In der Kammer wurde zunächst auf Antrag des Berichtstellers Leblond die Amnestiedebate um 24 Stunden verschoben. Dann beriet man über Duportal's Antrag, 100 000 Fr. für die Abfördung französischer Arbeiter zur Ausstellung von Philadelphia auszuwerfen. Die Budget-Commission befürwortet die Anweisung dieser Summe, nicht aber ihre Verwendung in der von Duportal vorgeschlagenen Weise, wonach die Summe einfach den Arbeitercorporationen zu beliebiger Verwendung ausgeliefert werden soll. Vielmehr erfordert, nach der Budget-Commission, die Regeln der guten Finanz-Verwaltung, daß die Vertheilung der Summen dem verantwortlichen Finanzminister überlassen bleibe, der also auch die von den Corporationen getroffene Wahl der Abgeordneten zu bestätigen hätte. Dagegen erheben sich Nadand und Madier Montjau. Die Arbeiter, meinten sie, seien weit besser als der Minister in der Lage zu bestimmen, welche unter ihnen mit dem größten Nutzen die Reise machen werden; wenn man den Commissionsvorschlag annähme, so würden nicht die Delegirten der Arbeiter, sondern die Delegirten des Ministers nach Philadelphia gehen, und der Zweck der ganzen Maßregel wäre verfehlt. Madier-Montjau bestritt durchaus, daß die französischen Arbeiter daran dächten, mit den Träumern in Amerika zu fraternisieren, sie wollten bloß die Organisation der Arbeit studiren. Die Generaldiscusion wurde geschlossen und Dechanel brachte ein Amendement ein des Inhalts, man möge die Summe auf 200 000 Fr. erhöhen, damit die Arbeiter aller Industrien Theil nehmen könnten. Dechanel will auch eine Anzahl Schullehrer hinübergeschickt wissen. Der Antrag wurde der Commission überwiesen, und man ging zu einem andern Gegenstande, nämlich dem Gaste'schen Antrage über. Gaste schlägt vor, daß ein Deputirter oder Senator nicht zu gleicher Zeit Mitglied eines Generalrats oder Gemeinderaths sein könne. Großer Erfolg stand von vorne herein nicht für diesen Vorschlag zu erwarten, und er wurde in der That mit sehr bedeutender Mehrheit, 269 gegen 59 Stimmen, abgelehnt. Bei der heutigen Amnestiedebate werden Picard und Gugho ihren Verjährungsantrag nicht zur Discussion bringen; sie halten denselben zurück, bis alle eigentlichen Amnestievorschläge von beiden Kammer werden verworfen sein werden, um so zu zeigen, daß sie dem Ministerium keine Schwierigkeiten bereiten wollen. — Durch den Tod Ricard's ist bekanntlich die Wahl eines lebenslänglichen Senators erforderlich geworden. Als Candidaten nennt man bisher Lenot, Chebaut-Latour, de Lefèvre. Die „République“ bringt heute den Admiral Jamruiberry in Vorschlag und meint, daß seine Verdienste um die Landesverteidigung seine Wahl beidermaßen rechtfertigen würden. — Der Deputirte Faye hat die Stelle des Unterstaats-Secrétaire im Ministerium des Innern ausgeschlagen. Man spricht jetzt von P. de Remusat, Lamy u. s. w. — Das Resultat der Wahlen in Corfica ist folgendes: In Ajaccio erhielt Jerome Bonaparte 6023, der Republikaner Beccaldi 2880, Abbattuji 600 Stimmen; in Corte Gavini 5312, der Republikaner Simperani 4021 Stimmen; in Bastia ist Carabianca gewählt. Die Partei von Chisellhurst vermehrte sich also in der Kammer um zwei Mitglieder: Gavini und Carabianca. Der Erfolg Jerome Napoleon's hat hier wenig Sensation gemacht, denn es läßt sich wohl vermuten, daß der rothe Prinz in der Kammer eine bedeutende

niederge schrieben worden. Die Ausstattung des Buches ist glänzend.

\* Die Geschäfte der Kreisausschüsse. Ausführliche Mittheilung der vielseitigen Funktionen der Kreisausschüsse, sowie der Ordnung des Geschäftsganges bei denselben nach Maßgabe des Regulativs vom 20. November 1873, mit Einschaltung sämtlicher einschlagenden Gesetzesstellen. Handbuch für Mitglieder von Kreisausschüssen und Beamte der preußischen Selbstverwaltung überhaupt von Otte, Stadtrath in Merseburg. Berlin, 1876. Carl Heymann's Verlag. Geb. Preis 3 M.

In der als Grundlage für die weiteren administrativen Reformen in Preußen bewährten Kreisordnung hat bekanntlich zu der vollen kommunalen Selbstverwaltung die administrative Justiz treten sollen. Es hat mit der Installirung dieses Institutes die Garantie geboten werden sollen, daß eine wirkliche Berufsinstanz hergestellt werde, wo ein wirkliches Anhören und Verhandeln mit den Parteien stattfinde, oder nach den eigenen Worten des Ministers: daß weder mehr von omnipotenten Kreisrichtern, noch von omnipotenten Landräthen die Rede sein werde. Der vorstehend zum Ausdruck gebrachte Gedanke ist vor Allem in dem Kreisausschuß fixirt worden, welcher den Mittelpunkt der Selbstverwaltung des Kreises bilden soll. Das uns vorliegende Buch des bekannten communalrechtlichen Schriftstellers, Stadtrath Otte in Merseburg, gibt ein klares Bild von den vielen Funktionen, sowie dem Geschäftsgange bei den Kreisausschüssen. Als Supplement im wesentlich praktischen Interesse ist noch die Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 im Texte selbst beigegeben. Wir können dasselbe mit Rücksicht auf die Rechtshaltigkeit seines in der täglichen Praxis der preußischen Selbstverwaltung mit Erfolg zu verwertenden Inhalts, den Mitgliedern der Kreisausschüsse, den Beamten der preußischen Selbstverwaltung, wie dem sich dafür interessirenden Laien bestens empfehlen.

Neuerlich empfiehlt sich außerdem das Werk durch Billigkeit, höchst sauberen Druck und elegante, handliche Ausstattung.

das Mekkerthor, früher porte d'Austerlitz, und das Spitalthor, beide in der Südfront) — noch drei neue Thore projectirt sind, von denen eins zwischen dem oberen Ill-Anschluß und dem Weißthurnthor angelegt werden, eins an den Rhein-Marne-Canal, etwas östlich von der Drangerie, und das letzte zwischen den genannten Canal und die Citadelle kommen wird.

Die gesamte Länge des neu zu erbauenden Hauptwalls haben wir zu etwa 8½ Kilometer gefunden, während die Länge der unverändert stehenden Ummauung der Südfront vom rechten Ufer der Ill bis zur Citadelle, nur etwa 3 Kilometer beträgt. Es ergiebt sich aus diesen Maßen die beträchtliche Größe des ganzen Unternehmens, die denn auch eine Inangriffnahme in mehreren Abtheilungen nötig macht. Im laufenden Jahre und voraussichtlich in den nächsten Wochen wird mit derjenigen vom oberen Ill-Anschluß bis zum Steinhore, deren rasche Vollendung wegen der dringenden Bahnhof-Anlage, und weil diese Strecke die einzige mögliche Angriffsfront enthält, am wünschenswertesten ist, begonnen werden; im nächsten Jahre kommt dann die sich natürlich ergebende Abtheilung bis zum Rhein-Marne-Canal und endlich im darauffolgenden die letzte bis zum Anschluß an die Citadelle an die Reihe. Als Bauzeit für jede dieser Abtheilungen darf man nach den bei der Erbauung der Forts gemachten Erfahrungen wohl reichlich drei Jahre annehmen, so daß die ganze neue Ummauung vor dem Jahre 1882 schwerlich vollendet dastehen wird. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Ummauung gemäß den neuordnenden Preußen angenommenen Grundsätzen der Befestigungskunst und hauptsächlich mit Rücksicht auf die starken selbstständigen Forts, welche Straßburg umgeben, wesentlich nur aus einem Erdwall mit Sturmfreiheit, unter Wasser zu segenden Graben bestehen wird, der zwar durch geeignete Brechungen der geraden Linie Seitenverteidigung gestattet, aber durch keinerlei Vor- und Außenwerke verstärkt ist, so daß das kostspielige und Zeit raubende Mauerwerk der älteren Wälle nach Möglichkeit gespart wird.

Das durch den Abbruch des alten Walles mit seinen zahlreichen Bastionen, Hornwerken

Rolle spielen wird. Er ist dort ganz isoliert und allen Parteien gleich verächtig. Vermuthlich wird er in der Linken seinen Sitzen und mit der Linken stimmen, aber schwerlich wird es ihm gelingen, die Republikaner von seiner Aufrichtigkeit zu überzeugen, während er den Bonapartisten als Verräther aufs Neuerste verhaft ist. Verräther ist er nun freilich nur an der von Rouher, Eugenie und dem kaiserlichen Prinzen vertretenen Doctrine; das ursprünglich revolutionäre und socialistische Element des Napoleonismus vertritt Blon-Blon weit besser als sein Vetter, und ohne Zweifel ist er das bedeutendste und talentvollste Mitglied der Familie. — Was man von den Beschlüssen der Berliner Conferenz weiß, hat hier keinen sonderlichen Enthusiasmus hervorgerufen, und eine gründliche Besserung der orientalischen Zustände verspricht man sich nicht; die Idee einer Conferenz, an welcher auch Frankreich, England und Italien Theil zu nehmen hätten, erregt jedoch als Beweis der durchaus friedlichen Absichten der drei Kaiserreiche unverkennbare Befriedigung.

### Italien.

Nom. 13. Mai. Pius IX. feiert heute seinen 84. Geburtstag und empfängt Vormittags

schon die hier anwesenden Mitglieder des heiligen Collegiums, viele Prälaten und Bischöfe, die römischen Patrizier-Familien und einige Fremde von Rang, welche sich alle im Vatican zur Gratiationscour eingefunden hatten. Am 16. d. M. werden die hierher gepilgerten Deutschen dem Papst vorgestellt werden. Sr. Heiligkeit hat dieser Tage von dem jungen Könige von Spanien einen Brief erhalten, in welchem dieser seine Christfurcht für den Stuhl Petri ausspricht und versichert, daß die neuen Toleranzgesetze durchaus nichts Verlebendes gegen den Papst enthalten. Pius IX. und die Curie sind indessen mit dieser Auslegung nicht einverstanden und haben der Regierung Don Alfonso mit Aufkündigung der freundlichen beiderseitigen Beziehungen gedroht. Die Königin Isabella hat wiederholt vergeblich versucht, den Papst zu bewegen, sich mit den Toleranzgesetzen auszusöhnen und hat ihm ihren Besuch anmelden lassen, um ihn persönlich umzustimmen; der Papst hat ihr aber geantwortet, dieser Besuch würde ganz unnütz sein, sie möglicherweise kommen, denn er werde sie unter den obwaltenden Verhältnissen nicht empfangen. Es ist indessen vorauszusehen, daß die Curie endlich doch nachgeben und die von den spanischen Cortes gutgeheizte religiöse Freiheit sich wird gefallen lassen müssen, wenn sie nicht auch in diesem Lande ihren Einfluss immer mehr schwinden sehen will. Sie fängt auch in Italien an, sich vor den Staatsgegenen zu beugen und hat den sardinischen Bischöfen erlaubt, in einer zu Oristano abgehaltenen Conferenz den ihnen untergegebenen Pfarrern anzubefehlen, künftig kein Brautpaar einzusegnen, das nicht vorher civiliter vor dem Sindaco getraut ist. Von Pisa ist General Gialdini hierher berufen worden, dessen Wunsch, Chef des großen Generalstabs zu werden, ohne dem Kriegsminister unterordnet zu sein, nicht erfüllt werden kann; man will ihm dagegen den Gesandtschaftsposten in Paris antrauen. — Das Ministerium, welches die neuen Handelsverträge den frei-

händlerischen Prinzipien gemäß abschließen will, hat den Professor der Staatsökonomie an der Universität Genua, Signor Boccardi, einen tüchtigen Gelehrten, jetzt mit den nötigen Vorarbeiten und Unterhandlungen betraut, den Herrn Luzzati aber seiner Funktionen entbunden. Zugleich sind die Abgeordneten Abignite und Torrigiani zu Mitgliedern des Staatsraths ernannt. Beide gehören nicht zur Consistoria, beide sind Anhänger der Freihandelsprincipien: der letztere ist Professor der Staatsökonomie an der Hochschule von Pisa. Minghetti's „Opinione“ ist entrückt über diese Erinnerung, denn beide Herren sind noch ziemlich junge Männer. Das „Diritto“ erwähnte darauf, daß in diesem Staatsrath allerdings erprobte Gelehrte und Richter, aber auch eine Anzahl Mittelmäßigkeiten thronen, daß diese Behörde als eine hohe Arche, als Versorgungshaus von den Consistorien geschaffen, welches nach der „Opinione“ durch Männer von der Linken nicht entweicht werden darf. Das Hauptorgan der jetzigen ministeriellen Majorität meint bei dieser Gelegenheit, daß es Zeit sei, den Staatsrath ganz aufzulösen, weil er in Folge der Annahme des Competenzgesetzes ganz überflüssig sei.

### England.

London, 15. Mai. Unter den Ritualisten regt es sich wieder. Gegen das Kirchendisciplinengesetz und die Eckenntnisse des Geheimen Rates läßt sich wohl rasonieren, aber schließlich haben doch die Gerichtshöfe in England das letzte Wort zu sagen, und widerborstigen Staatsgeistlichen läßt sich zum Mindesten doch der Brodloch höher hängen. Das sehen die Herren Ritualisten ein, und da sie mit der Unschuld der Taube doch jedenfalls die Klugheit der Schlange vereinigen, so sorgen sie bei Zeiten für traurige Möglichkeiten vor. Es ist bereits ein Deprived Clergy Sustentation Fund gegründet worden, dessen Gelder, wie der Name besagt, zur Unterstützung abgesetzter Geistlicher verwandt werden sollen. Noch eine Kasse haben die Ritualisten begründet, nämlich „zur Bewahrung des Glaubens“ (for the Maintenance of Faith), welche namentlich zu inneren Missionszwecken nutzbar gemacht werden soll. — Der Erkönig von Hannover hat seine Silberammer, die einen Werth von  $1\frac{1}{2}$  Million £. hat, in Coutts' Bank untergebracht. — Der Lord-Mayor, der erst vor Kurzem die Vertreter der Literatur bewirthet hatte, lud am Sonnabend 290 Repräsentanten der Wissenschaft, und zwar nicht ausschließlich englische, zur Tafel im Mansion-House.

### Rußland.

Petersburg, 15. Mai. Mit dem stets zunehmenden Verfahre mit dem Auslande wird eine Veränderung unseres Kalenders zu Gunsten des gregorianischen zur dringenden Nothwendigkeit, indem aus der Beibehaltung des ersten zahlreiche Inconvenienzen sich ergeben. Unsere Gelehrtenwelt, die schon lange des neuen Stils sich bedient, beabsichtigt deshalb, auf dem in Warschau bestehenden Naturforscher-Congreß die Kalenderfrage einer ausführlichen Erörterung zu unterziehen. Man ist hier sonst nicht abgeneigt, das Gute aus dem Auslande zu acceptiren, es muß deshalb Wunder nehmen, daß man in unseren leitenden Sphären der Aenderung des Kalenders Widerstand

leistet, welche doch früher oder später zur Ausführung kommen muß. — Die obligatorische Wehrpflicht, die am 1. Januar 1874 zur Basis unserer Heeres-Reorganisation gemacht worden, ist nunmehr auf alle Stände und Bevölkerungen Russlands ausgedehnt. Trotz des strengen Prinzipis unserer Militärbehörde, seinem Volksstamme irgend welche Privilegien bezüglich der Wehrpflicht zuzuerkennen, mußten zu Gunsten einiger Gegendistricte und der neu eroberten centralasiatischen Gebiete einige Ausnahmen gemacht werden. So sind die Bestimmungen für die Ableistung des Militärdienstes für die Kirchen, die ihrer Lebensweise und ihren nationalen Eigenthümlichkeiten nach zum Eintritt in die reguläre Armee nicht geeignet sind, modifizirt worden; auch die Mennoniten sind vom allgemeinen Kriegsdienste befreit worden. Es ist für die Conjecturalpolitiken nothwendig festzuhalten, daß die neue russische Heeresreorganisation noch mindestens zwei Jahre ungehindert sich entwickeln müsse, um der russischen Armee einen möglichst hohen Grad der taktischen Ausbildung und Schlagfertigkeit zu verleihen. (R. H. B.)

### Vermischtes.

Strasburg, 15. Mai. Bei gestern abgehaltenen Wettkämpfen verunglückten zwei Offiziere. Lieutenant v. d. Knebel starb und brach zwei Rippen; Major v. Türr, dessen Pferd, ein Hinterhund, in wilder Hast gegen einen Baum rannte, sank mit zerstümmertem Haupte zu Boden und verstarb gleich darauf. Seine Frau und vier Kinder waren auf dem Schauplatz des Unglücks gegenwärtig.

### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 18. Mai.

Uhr.	Barometer.	Wind.	Wetter.	Temp. C.	Bem.
7 Thrus.	772,6	ONO	stille	bed.	7,8 <sup>1)</sup>
7 Valent.	769,6	ONO	leicht	heiter	14,4 <sup>2)</sup>
8 Marmouth	768,1	ONO	schwach	wolzig	7,8 <sup>3)</sup>
8 St. Mathieu	762,5	ONO	frisch	Dunst	11,0 <sup>4)</sup>
8 Paris	766,8	ONO	mäßig	klar	11,2
8 Helder	766,5	ONO	frisch	—	8,3 <sup>5)</sup>
7 Copenhagen	765,5	ONO	mäßig	bed.	7,3
8 Christianlund	772,7	ONO	stille	bed.	3,0 <sup>6)</sup>
8 Haparanda	766,2	ONO	stark	heiter	— 3,5
7 Stockholm	764,2	ONO	rau	wolzig	2,3
8 Peterburg	—	—	—	—	—
7 Moskau	753,6	S	stille	klar	8,8
7 Wien	762,2	ONO	leicht	bed.	10,8
8 Memel	764,4	ONO	mäßig	klar	5,7 <sup>7)</sup>
8 Neufahrwasser	763,3	ONO	schwach	wolzig	6,6
8 Swinemünde	761,4	ONO	stille	bed.	10,7 <sup>8)</sup>
8 Hamburg	765,8	ONO	stille	heiter	9,7
8 Sylt	764,2	ONO	leicht	heiter	10,1 <sup>9)</sup>
7 Trefeld	765,6	ONO	mäßig	klar	8,9 <sup>10)</sup>
7 Cassel	764,7	ONO	leicht	wolzig	9,3 <sup>11)</sup>
7 Carlsruhe	763,0	ONO	schwach	klar	10,8
7 Berlin	764,5	ONO	leicht	klar	12,5
7 Leipzig	765,1	ONO	stille	wolzig	11,7 <sup>12)</sup>
7 Preßlau	764,5	ONO	rau	klar	8,8

1) See sehr ruhig. 2) See ruhig. 3) Seegang leicht. 4) Seegang leicht. 5) See ruhig. 6) See ruhig. 7) See ruhig. 8) Wind veränderlich. 9) See schlicht. 10) Früh Nebel. 11) Dunstiger Horizont. 12) Dunstiger.

Schiffszimmerges. Rudolf Herrn. Heinr. Jahnert in Strothe mit Anna Marie Job, dagebst.

Heirath: Arbeiter Samuel Loode in Pr. Star-gardt mit Rebekka Deutschland. — Seemann Friedr. Eduard Konopacki mit Marie Wilhelmine Besselsowksi.

Arb. Albert Julius Pawlowski mit Johanna Wilhelmine Kussau.

Todesfälle: Johanna Christine Hellewell, 81 J. — Postdruckfakt. Ernst Carl Wienandt, 27 J. — Matrose Charles Simpson, 28 J. — Julie Constantine Elisabeth Wevel von Krüger, 70 J. — 1 uneheliches Mädchen.

### Schiffssichten.

Nenfahrwasser, 18. Mai. Wind: NNO.

Nichts in Sicht.

### Meteorologische Depesche vom 18. Mai.

Uhr. Barometer. Wind. Wetter. Temp. C. Bem.

7 Thrus. . . . . 772,6 O NO stille bed. 7,8<sup>1)</sup>

7 Valent. . . . . 769,6 O NO leicht heiter 14,4<sup>2)</sup>

8 Marmouth . . . . . 768,1 O NO schwach wolzig 7,8<sup>3)</sup>

8 St. Mathieu . . . . . 762,5 O NO frisch Dunst 11,0<sup>4)</sup>

8 Paris . . . . . 766,8 O NO mäßig klar — 11,2

8 Helder . . . . . 766,5 O NO frisch — 8,3<sup>5)</sup>

7 Copenhagen . . . . . 765,5 O NO mäßig bed. — 7,3

8 Christianlund . . . . . 772,7 O NO stille bed. — 3,0<sup>6)</sup>

8 Haparanda . . . . . 766,2 O NO stark heiter — 3,5

7 Stockholm . . . . . 764,2 O NO rau wolzig 2,3

8 Peterburg . . . . . — — — — —

7 Moskau . . . . . 753,6 S stille klar — 8,8

7 Wien . . . . . 762,2 O NO leicht bed. 10,8

8 Memel . . . . . 764,4 O NO mäßig klar 5,7<sup>7)</sup>

8 Neufahrwasser . . . . . 763,3 O NO schwach wolzig 6,6

8 Swinemünde . . . . . 761,4 O NO stille bed. 10,7<sup>8)</sup>

8 Hamburg . . . . . 765,8 O NO stille heiter 9,7

8 Sylt . . . . . 764,2 O NO leicht heiter 10,1<sup>9)</sup>

7 Trefeld . . . . . 765,6 O NO mäßig klar 8,9<sup>10)</sup>

7 Cassel . . . . . 764,7 O NO leicht wolzig 9,3<sup>11)</sup>

7 Carlsruhe . . . . . 763,0 O NO schwach klar 10,8

7 Berlin . . . . . 764,5 O NO leicht klar 12,5

7 Leipzig . . . . . 765,1 O NO stille wolzig 11,7<sup>12)</sup>

7 Preßlau . . . . . 764,5 O NO rau klar 8,8

1) See sehr ruhig. 2) See ruhig. 3) Seegang leicht. 4) Seegang leicht. 5) See ruhig. 6) See ruhig. 7) See ruhig. 8) Wind veränderlich. 9) See schlicht. 10) Früh Nebel. 11) Dunstiger Horizont. 12) Dunstiger.

Im ganzen Nordosten Europas ist das Barometer gestiegen und die Temperatur gesunken, selbst Helsing-fors und Dorpat hatten am Morgen  $\frac{1}{2}$  Grad Frost. In dem Streifen von Haparanda bis Hermannstadt herrscht Nordwind, der auf der Ostsee meist stark, in Warthau stürmisch auftritt. Im Canal weht starker ONO. Über Deutschland herrscht eine mäßige nordöstliche Luftströmung, nur in dem Streifen Dänemark bis Schlesien ist dieselbe durch eine Rinne niederer Luftdrucks zu leichtem SO und NW abgelenkt, im ganzen Lande schönes Wetter mit meist heiterem Himmel. Deutsche Seewarte.

Die Central-Annonce-Expedition der deutschen und ausländischen Zeitungen von G. L. Daube & Co., Danzig, Langasse 74, befördert täglich alle Arten von Anzeigen in alle Zeitungen, Localblätter, Kalender, Courtailler etc. der Welt und ist durch ihre weitverzweigten Organisationen und den dadurch mit den Zeitungen ermöglichten bedeutenden Umfang in der angenehmen Lage die allerbilligsten Preise zu notiren.

Die Annonce-Expedition von G. L. Daube & Co. Bureau in Danzig, Langasse 74 befördert Interate jeglicher Art prompt, discret und billig in alle Zeitungen der Welt.

### Auction

### zu Hohenstein.

Montag, den 22. Mai 1876. Vormittags 10 Uhr, werde ich zu Hohenstein, in dem Hof der Herrn Jeachke, wogen Aufgabe der Wirtschaft, an den Weißstein enden verlaufen:

8 junge gute Arbeitskräfte, da unter einer tragende Sute, 1 einjähr. Littauer Koggen, 8 Klüve, theils trübschindend, theils tragend, 1 zweijähr. Bullen, 2 Stärken, 6 schwarze Schafe, 1 Lamm, 2 große, 1 kleinen Arbeitswagen, 1 Spazier-, 1 Arbeitsschlitten, 1 Patent, 2 kleine eiserne, 1 zweischarige Pflog, 3 eisene, Ecken, 1 Landkaten, 1 Kleefäsmaschine, 1 neuen Wasserläufen auf Rädern, 1 neue lange Leiter, 1 Paar Spazier-, Bämme, Leinen, Halsketten, 2 Sättel, 8 Braken, Schwengel, 3 Holsketten, 8 Litschläde mit Ketten, Hörken, Spaten, Haken, 2 Ripspläne, mehrere Cr. brauchbares Wagen- und Bütteneisen, 11 Schädelruten Bau- und Pfostensteine und Stallentensilien. Den Bahlungs-Termin werde ich den mit bekannten Käufern bei der Auction anzeigen.

Janzen, Auctionator,

2445) Br. 4.

### Bau-Polizei-Ordnung

für die Stadt Danzig.

Posch. Preis 40 L.

Berlag von A. W. Kafemann in Danzig.

### Sommerfrischen.

**Anna Willms,**  
**Bernhard Schimanski,**  
Verlobte.  
Scharfenort. — St. Albrecht.  
Nach Gottes unerhörlichem Rathschluß  
starb heute früh 9 Uhr unser lieber  
Sohn und Bruder, der Postpraktikant  
**Ernst Wiesandt**, im Alter von 27  
Jahren. Dieses zeigen wir statt jeder besonderen Meldung tief betrübt an.  
Danzig, den 18. Mai 1876.

Die Hinterbliebenen.

### III. General-Versammlung des preußischen Provinzialvereins zur Förderung des Mädchenschulwesens.

Der Zweigverein der Provinz  
Preußen zur Förderung des Mädchenschulwesens wird Dienstag, den 6. Juni, eine dritte Generalversammlung in Danzig abhalten. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände:

1. Jahresbericht über den Provinzialverein.
2. Bericht über die IV. Versammlung des deutschen Hauptvereins zu Dresden.
3. Referat über die Behandlung der Naturwissenschaften auf den höheren Mädchenschulen.
4. Bericht über die deutsche Penitentia-
5. Mittheilungen aus der Praxis der höheren Mädchenschulen.

Alle Collegien und Colleginen an städtischen und Privat-Mädchenschulen, sowie alle, die sich für die Bildung der weiblichen Jugend interessieren, werden auf diesem Wege ergeben eingeladen, sich an dieser Versammlung zu beteiligen und ihre Anmeldungen spätestens den 28. Mai an den Vorsitzenden des Volks-Comités, Herrn Director Dr. Wulsdorff, Sopengasse 52, einzufinden.

Für Privat-Logis der auswärtigen Lehrerinnen wird nach Kräften gesorgt werden.

**Montag, den 5. Juni, Abend,** findet die Vorversammlung statt, **Mittwoch, den 7. Juni,** ist für gemeinsame Ausflüsse und Besichtigung der Stadt in Aussicht genommen.

Alles Nähere über Verhandlung,

sowie Empfangnahme der Eintrittsparten, Montag, den 5. Juni, im Bureau des Comités: Städtische Töchterschule,

Sopengasse 52.

Der Vorsitz des Zweig-Vereins der Provinz Preußen zur Förderung des Mädchenschulwesens.

Director E. Willms-Tilsit,  
Vorsitzender.

Oberlehrer Dr. E. Bänitz-Königsberg,  
Kassirer.

Director G. Borrmann-Graudenz.  
Director Dr. R. Wulsdorff-Danzig.

Russkому Чистописанию облучаєть  
ВІЛЬГЕЛЬМЪ ФРИЧЪ, Holzgasse 5.

Räucherlachs, beste Sorte  
Specklündern, Elb-Caviar,  
Alsmarinaden, russ.

Sardinen, Anchovis, so  
wie alle Gattungen Tafel-

fische für die Saison pass.

offerirt billigst  
Siegfried Möller jr.,  
Lobisgasse 20.

Mein vollständig assortirtes  
Coffee-Lager

empfiehlt als besonders preiswerth.

A. v. Zynda, Hundeg. 119,

Brodbänkengasse 8.

Aus meinen Molkereien zu Gremblin und

Gr. Garz empfiehlt anerkannnt  
feinste Tafelbutter

und Buttermilch aus sauer Sahne, täglich  
frisch. Meves.

aus meiner Butter- u. Käsefabrik Fleischer-

Gasse 72, sowie aus der Kommandite

Scheibenrittergasse 13, empfiehlt sich täglich

frische Fisch-, Koch- u. Backbutter, täglich

zweimal frische Milch, auf Wunsch ins

Haus geschickt, echten Schweizer-, Deutschen,

Tilsiter u. alten Werder-Käse, Lütticher

Käse à Stück 20, 25, 30, 40, 50, 60 &

ganze Kästen billiger

2308) Fr. Neßler.

Neben diesen werden auch

frische Eier, Butter, Käse, Salate, Suppen,

Brötchen, Kaffee, Tee, Kaffee, Kaffee, Kaffee,

und andere Speisen serviert.

Fr. Neßler.

2308) Fr. Neßler.